

Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe.

Von den gekrigten Berliner Abendblättern sind nur die drei sozialistischen Zeitungen, sowie die „Deutsche Zeitung“ und der „Deutsche“ erschienen. Der „Freiheit“ zufolge handelt es sich bei dem Konflikt des Verlags Wasse mit seinem Druckerpersonal nicht um einen Streit der Druckergehilfen, sondern um eine Ausübung des gesamten technischen Personals, das eine Abänderung des Tarifs, der bis zum 31. Dezember läuft, fordert. Im Gegenzug hierzu teilt der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes im Zeitungsgewerbe mit, daß weder im Verlag von Rudolph Wasse noch in irgend einem anderen Berliner Zeitungsvorlage eine Ausübung erfolgt sei. Die Bürgerlichen hätten nur aus Solidarität mit dem Verlag Rudolph Wasse ihr Erscheinen eingestellt und zwar auf ihre Kosten. Lohn und Gehalt würden weitergezahlt.

Auch heute früh sind nur die drei sozialistischen Blätter und die „Deutsche Zeitung“ erschienen. In einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Rudolph Wasse wurde in einem Bericht des Vorsitzenden des Arbeiterrates über den bisherigen Verlauf des Konfliktes erwähnt, daß sowohl das Tarifschiedsgericht als auch das Tarifamt der Buchdrucker die Forderungen des Druckerpersonals des Verlages für unberechtigt erklärt haben. In der Aussprache und in einer Entschließung wurde das scharfe Vorgehen der Firma, die nicht den Verhandlungsweg beschritten, sondern die Arbeiter freilich entlassen habe, scharf verurteilt. Vertreter anderer Druckerbetriebe bekundeten ihre Sympathie für die Ausgesperrten und erklärten, eine geschlossene Front gegen das Unternehmertum bilden zu wollen.

Wieder ein Vortrag Admiral Scheer verhindert.

Aus Schwelbich wird gemeldet: Der deutsche Offiziersbund in Strigau hatte für Montag abend einen Vortrag angelegt, in dem Admiral Scheer über die Taten der deutschen Okeanflotte im Weltkrieg sprechen sollte. Bei Beginn forderten Arbeiter die Räumung des Lokals innerhalb zehn Minuten. Der Parteivorstand hat die Arbeiter, die den Vortrag anzuhören, jedoch zu bedenken, daß man in Admiral Scheer den Mann vor sich habe, der 1917 sieben Maltrafen erlitten hat. Darauf legte ein wilder Tumult ein, der Redner wurde von der Galerie mit Geschrei demontiert und sofortige Entfernung der deutschen Kriegskasse von der Bühne wurde verlangt. Zwischen den Parteien entstand eine wilde Schlägerei, wodurch der Vortrag verhindert wurde.

Hochverratsprozess Jagow.

Vor dem Reichsgericht beginnt am Donnerstag, 27. Oktober, der Prozess gegen den Vorkriegspräsidenten a. A. von Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichsländerbundes Freiherr von Wangenheim wegen Beteiligung am Kapp-Putsch. Beide Angeklagte haben sich wegen Hochverrats zu verantworten.

Programm des tschechischen Ministerpräsidenten.

Aus Prag wird gemeldet: Die Nationalversammlung eröffnete am Dienstag ihre Wintertagung. Ministerpräsident Beneš verlas im Abgeordnetenhaus programmatische Erklärungen der neuen Regierung, in denen er u. a. ausführte: Die Regierung beabsichtigt in diesem Jahre keine neuen Steuern anzufordern und wird die Ausgabe auch einer einzigen ungedeckten Staatsnote nicht gestatten. Da der Fortgang unserer wirtschaftlichen Konsolidierung vom Vertrauen des Auslandes nicht vermindert werden kann, wollen wir diesem zeigen, daß wir imstande sind, gegen die heute bestehenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten anzukämpfen; das wird auch die Beschaffung einer größeren Auslandsanleihe ermöglichen, die, wie der Ministerpräsident hofft, in naher Zeit ihre Verwirklichung finden wird. Der Ministerpräsident kündigt das Weiteren den Entwurf einer Alters-, Invaliden-, Witwen- und Rentenversicherung unter Berücksichtigung des Standes der Staatsfinanzen an, wolle eine rasche Durchführung der Bodenreform sowie die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Die Regierung ist entschlossen, diese ihre Aufgabe im Einvernehmen mit den Parteien zu lösen. Die in kurzer Zeit zu erwartende Veröffentlichung der statistischen Ergebnisse der Volkszählung wird im Sinne der liberalen Geistes der Republik die Lösung der nationalen, sozialen und kulturellen Fragen auf gesicherter Grundlage ermöglichen. Für die Elowalisierung kündigt der Ministerpräsident die Einführung der Bauverfassung, für Karpaten-Bußland eine Reihe von Maßnahmen administrativer, wirtschaftlicher und kultureller Natur für das Jahr 1923 an. Die äußere Politik wird von folgenden drei Erwägungen geleitet: 1. Geltendmachung der aus der Pariser Friedenskonferenz hervorgegangenen Verträge. 2. allmähliche Beseitigung aller Konflikte sowie Schaffung einer neuen internationalen Atmosphäre, in der der Geist des Hasses dem Geist nützlicher Mäßigung und Ruhe weichen würde. 3. wollen wir bestimmen, in dieser neuen Atmosphäre mit unseren Freunden und Nachbarn an der Reorganisation Mitteleuropas und an der Festigung des Friedens in ganz Europa praktisch mitzuarbeiten. Wir haben in dieser Richtung überall konsequent gewirkt und werden die in den letzten drei Jahren verfolgte äußere Politik, in der sich eine gewisse Tradition herausgebildet hat, stetig fortsetzen. Unser Verhältnis zu Frankreich, England und Italien und den Vereinigten Staaten ist innig und freundschaftlich und vertieft sich stetig. Die Beziehungen zu diesen Staaten können durch nichts getrübt werden. Unser Verhältnis zu Jugoslawien und Rumänien findet seinen Ausdruck in den Verträgen über die sogenannte „kleine Entente“. Sie ist ein starker Faktor des Friedens und der Reorganisation Mitteleuropas und wird in keiner Richtung beeinträchtigt werden. Unsere Beziehungen zu Deutschland haben sich gefestigt; auch in ihnen hat sich eine Tradition herausgebildet und es liegt nur im Willen beider Teile, daß die Beziehungen bleiben, wie sie in den letzten drei Jahren unserer auswärtigen Politik geworden sind.

Die neue Steueraktion der Beamten und Angestellten sowie Arbeiter von Staats- und Gemeindeverwaltungen.

Wohl den meisten Mitmenschen geht ein selbes Grauen über den Blick, wenn sie lesen: neue Steueraktion der Beamten! Wieder Steueraktion! Wieder Wiederbelastung des Staatssteuersäckels, Erhöhung der Fahrpreise bei der Eisenbahn, Erhöhung der Volksgeldern und anderer sonst selbstverständlich billig erscheinender Sachen im öffentlichen Leben. Darüber, daß die Aktion notwendig ist, wird sich kein Gerechtfertigter im Zweifel sein, besonders dann nicht, wenn er die Gehälter der Industrie und die Gehälter der Post-, Bahn- und Gemeindebeamten vergleicht, weit mehr noch, je mehr er in der Besoldungsordnung weiter mit dem Einkommen nach unten geht! Davon soll hier nicht gesprochen werden, aber davon, daß das Reich und hier wiederum die Deutsche Reichsbahnverwaltung in einer gelinde gesagt, unbegreiflicherweise ihren Beamten die Nachzahlungsbeträge seit ein und einem halben Jahr vorkontiert! Wissen die Leser dieser Zeilen davon? Wissen sie es, daß die Bezüge aus dem Nachtragsetat 1920 bis jetzt in Sachsen nur in einem verschwindend geringen Bruchteile gezahlt worden sind? Ist es bekannt, daß es noch 10 000

ebemalige tschechische Eisenbahner gibt, die auf die seit 1. April 1920 fälligen Bezüge warten? Wissen die Leser, daß nach Mitteilungen der tschechischen Verwaltungskassen noch Weihnachts 1921 bzw. Frühjahr 1922 herankommen kann, bis die Beträge restlos gezahlt werden können? Diese Beträge, die am 1. Oktober 1921 teilweise 1000 und mehr für den Einzelnen betragen, werden bei der Auszahlung vielleicht noch ein halb bis ein Viertel des Wertes wert sein, vielleicht auch weniger! Die Post konnte ihren Beamten die höhererinstufungsbeiträge bereits im September zahlen. Vielleicht verstehen es unsere Mitbürger, daß von einer allgütigen Zufriedenheit gerade beim tschechischen Eisenbahner nichts, rein gar nichts zu erwarten ist. Wenn harte Worte gebraucht werden müßten, um diese Beträge zur schleunigsten Zahlung zu bringen, wer will's uns verdienen? Aber verstehen werden es alle anderen Verurteilten im Lande, daß dann mit selbstverständlichem Rechte von einer neuen Steueraktion gesprochen werden muß! Was sagen hierzu die berufenen Vertreter der Reichsbahnverwaltung in Sachsen?

Tagegeschichte.

Deutsches Reich.

Neue Ausföhrungen freilegender Bahnstränge sind heute abend in Berlin vorgefallen. Vor der „Tram“ schwoll die Menge bis auf 1000 Personen an, die sich geschlossen vor dem Lok aufstellte und eine drohende Haltung einnahm. Da sich die Massen trotz wiederholter Aufforderung, die Straße frei zu machen, und der Anordnung des Waffengebrauches nicht entfernen, wurden schließlich die Schutzmannschaften frei gemacht, worauf die Demonstration andauerndbrachte, um sich vor dem Lok „Wien-Berlin“ abzumachen zusammenzusetzen. Hier wiederholte sich derselbe Vorgang. Die Jägerstraße wurde hierauf gesperrt und frei gemacht. Neunzehn Personen, die sich den vollzogenen Anordnungen barsinnig widersetzen, wurden festgenommen. An anderer Stelle wurden die Demonstrationen durch Schutzpolizisten oder Hauswachen zurückgewiesen. In der Brückenstraße wurden er einem Lok zwei große Plakate aufgehängt, eine Taktische sowie ein im Lok befindlicher Spiegel vollständig zertrümmert. Auch Dienstag abend fanden vor dem Weinhaus Tramde in der Leipziger Straße wieder schwere Ausföhrungen der freilegenden Bahnstränge statt. Vor dem Lok hatte sich eine tausendköpfige Menschenmenge angesammelt, die die Beamten der Schutzpolizei so hart bedrängte, daß diese mit dem aufgegriffenen Schutzwagen gegen die Demonstration vorgehen mußten. Den Funktionären der Streikenden gelang es schließlich, durch stilles Ansehen, die Menge zum Abzug zu bewegen. Bald darauf wiederholten sich die Vorgänge vor dem Restaurant Wien-Berlin in der Jägerstraße. Auch dort mußte die Polizei mit der Waffe gegen die Streikenden vorgehen. Gegen 11 Uhr abends zeigten die Straßen wieder ihr gewöhnliches Bild.

Rein Zusammenstoß mit der Nordstraße Erbsberger. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ brachte gestern die aufsehenerregende Mitteilung, wonach 2 Berliner Polizeibeamte, die die Namen und die Wohnung der Erbsbergermörder gekannt haben sollten, vom Dienst suspendiert und gegen sie ein Verfahren wegen Betrugs eingeleitet worden sei. Wie von zukünftiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, ist die Nachricht in dieser Form nicht aufzugeben, die Untersuchung gegen die beiden Polizeibeamten hat mit der Nordstraße Erbsberger nichts zu tun.

Streikföhrung der Frankfurter Eisenbahner. Die Vollversammlung der Vertrauensleute, Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Frankfurt a. M., nahm eine Entschließung an, in der vom Hauptverband in Berlin erwartet wird, daß er die Lohn- und Gehaltsforderungen der Eisenbahner mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, gegebenenfalls durch Anwendung des Generalstreiks durchföhrt. Die Frankfurter Eisenbahner seien bereit, einem an sie ergehenden Rufe zum Generalstreik sofort Folge zu leisten.

Eine Münchener Kirche den Jesuiten überwiefen. Den Münchener Neuesten Nachrichten zufolge wird die ehemalige Michaels-Kirche in München in den Dienst des Jesuitenordens gestellt. Seit der Umwälzung in Bayern 1918 war die Kirche Staatsgut.

Hungerstreik in Untersuchungshaft befindlicher Kommunisten. Die Kommunisten, die in Breslau wegen Bildung einer Roten Armee in Untersuchungshaft saßen, waren als Protest gegen die langsame Föhrtung der Untersuchung in den Hungerstreik getreten. Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, sind alle Inhaftierten bis auf den Kommunisten Elmer aus der Haft entlassen worden.

Die Privatföhrung der Eisenbahn. Wie die Telegraf-Union von zuverlässiger Seite erfährt, finden in der nächsten Zeit die Münchener Beratungen der Eisenbahndirektoren ihre Fortsetzung. Infolge der Kürze der Zeit konnten in München nicht alle Sachverhältnisse zu Worte kommen. Es hat sich dort jedoch gezeigt, daß unter ihnen nicht nur Gegner der Entstaatlichung der Eisenbahnen vorhanden sind, sondern auch Freunde dieses Gedankens.

Der Ausverkauf im Saargebiet. Der Ausverkauf des Saargebiets hat in den letzten Wochen wieder ganz bedeutend zugenommen. Seit einigen Wochen ist das Saargebiet und insbesondere Saarbrücken von Fremden förmlich überschwemmt, die mit ihren kaufkräftigen Zahlungsmitteln die Preise auf eine ungerechtfertigte Höhe hinaustreiben.

Forderungen der elsass-lothringischen Beamten. Am kommenden Sonntag werden in Weiskirchen, Kolmar, Straßburg, Saargemünd und Metz gleichzeitig Versammlungen der elsassischen und lothringischen Beamten stattfinden, um gegen die Unterdrückung der Teuerungszulage von 720 Franken und die Verschleppungspolitik in der Behandlung der Beamtenfragen zu protestieren.

Im Beamtenauschuss des preussischen Landtages wurde über die Teuerungszulage des Zentrums weiter beraten. Im Verlaufe der Debatte erklärte der preussische Finanzminister Saemisch, die Staatsregierung verfolge mit wachsender Begehrnis die immer weiter steigende Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse. Von der Regierung werde anerkannt, daß hier eine durchgreifende Abhilfe dringend geboten sei. Eine weitere Ausdehnung des Systems der Ausgleichs- und Versorgungszulage würde über 10 vom Hundert des Grundgehaltes hinaus grundföhllich bedenklich und deshalb undurchföhrtbar sein. Es müsse deshalb versucht werden, im Rahmen der Besoldungsordnung auf anderem Wege zu einer Neugestaltung der Bezüge zu kommen. Die Arbeiter dazu seien im preussischen Staatsministerium eingeleitet. Um aber das Zustandekommen der bedürftigsten Maßnahmen nicht zu gefährden, müsse es sich zur Stunde noch verlangen, über weitere Einzelheiten Mitteilungen zu machen. Er werde die Führer der Parteien zu einer Besprechung einladen, sobald die Verhandlungen mit dem Reich soweit gediehen seien. Der Berichterstatter Abg. (Lant) (Str.) wies darauf hin, daß schnelle Hilfe am Platze sei. Die Redner sämtlicher Parteien stimmten dem zu. Der Finanzminister erklärte darauf, er hoffe nach Föhrtungnahme mit den Parteiföhren nach acht Tagen hinreichende Erklärungen abgeben zu können. Die Regelung werde eine großzügige sein und auf alle Staatsbedienstete ausgedehnt werden.

Belgien.

Die Industrie gegen den Acht-Stundentag. Die belgischen Industrieverbände haben gegen den am 1. ds. Mts. eingeföhrtten Acht-Stundentag eine Protest-

aktion eingeleitet, die in der Hauptsache damit begründet wird, daß die belgische Industrie durch ihn konkurrenzunfähig würde.

Rationalistische und sozialistische Rundgebungen. Im belgischen Ministerium scheint ein Konflikt ausgebrochen zu sein. Als Antwort auf die nationalsozialistische Rundgebung in La Louvière, bei der der Kriegsminister den ehemaligen Frontkämpfern eine neue Fahne überreichte, fand gestern eine sozialistische Rundgebung statt, bei der sozialistische Minister der öffentlichen Arbeiten Anrede beizubringen. Unter einer roten Fahne soll ein Sozialist, als belgischer Soldat verkleidet, eine Fahne zerbrochen haben und die rote Fahne soll dem Verein sozialistischer Frontkämpfer überreicht worden sein. Der Kriegsminister Debeve hat deshalb dem Ministerpräsidenten seine Demission überreicht, da aber der Ministerpräsident nicht in Brüssel anwesend ist, konnte über die Demission noch keine Entscheidung getroffen werden. Der König hätte gestern eine längere Besprechung mit dem Kriegsminister, Balthazar.

Der Prozess gegen das Kabinett Rabot. In Warschau. Die Grazer „Tagesspost“ meldet aus Sofia: Im Prozess gegen das Kabinett Rabotow beteuern die angeklagten Minister ihre Unschuld. Der Kriegsminister Rabotow sagte, er sei gerungen gewesen, Kriegsminister zu werden. Der Staatsanwalt verlangt von den Ministern Zahlung einer Entschädigung von 30 Milliarden Lebas als Schaden des Staates.

England.

Verbilligung der Lebenshaltung. Die Kosten für den Lebensunterhalt waren am 1. Oktober 110 Prozent höher als im Juli 1914, gegen 120 Prozent am 1. September.

Nichtamtlicher

Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Gröba

am 27. Oktober, abends 7 Uhr im Sitzungssaal der Zentralschule.

Anwesend: Herr Gemeindevorstand Hans, dessen Gemeindevorstandsglieder und Herr Ortsbaumeister Langer. Es saßen Frau Niemann, sowie die Herren Kötting, Krause und Heibel. Der Jugendrat war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Gemeindevorstand Hans.

1. Es wird beschlossen, die am 20. November stattfindenden Wahlen der Gemeindevorstandsglieder durch Stimmzettel in einem amtlich abgestempelten Umschlag durchföhren zu lassen. Dadurch macht sich die Änderung der dieser Bestimmung entgegenstehenden Paragraphen des Ortsgesetzes nötig. Der im Entwurf vorliegende Nachtrag zum Ortsgesetz über die Wahlen von Gemeindevorstandsgliedern, nachdem Herr Gemeindevorstand Hans die erforderlichen Erläuterungen gegeben, genehmigt.

2. Die Festsetzung der Wahlbezirke erfolgt nach den Vorschlägen des Verwaltungsausschusses. Hiernach verbleibt es bei der seitherigen Einteilung unter Einschaltung der neuerstandenen Häusergruppe an der Oststraße. Als Wahllokale werden bestimmt: Gasthaus „am Anker“, Gasthof Große, Volkshäuser in der Schule an der Oststraße, Schule am Georgplatz. In Wahlbezirk I werden folgende Herren ernannt: Gemeindevorstand Hans, Schmidt, Günther, Gartenschläger, und als deren Stellvertreter die Herren: Hannes, Freudenberg, Lammel und Urbach. In den Wahlbezirk II werden gewählt die Herren: Weithaus, Pörens, Münch und Schwaup. — Mit dem Vorschlag, den Mitgliedern des Wahlvorstandes eine Aufwandsentschädigung von je 10 Mark zu gewähren, erklärt sich das Kollegium einverstanden.

3. Durch die Einbesitzung des Rittergutes Werzbach zur Gemeinde Gröba hat die Wahl von Vertretern in die verschiedenen Gemeinde-Ausschüsse in Werzbach zu erfolgen. Der Verwaltungsausschuss bringt im Besonderen als Gemeindevorstand für die in Frage kommenden Ausschüsse Herrn Gemeindevorstand Hans zu empfehlen und für den Schulvorstand außerdem noch Herrn Münch zu empfehlen. Der Vorschlag des Verwaltungsausschusses wird angenommen.

4. Im Auftrage des Gas- und Wasserwerksausschusses legt Herr Gemeindevorstand Schmidt an Hand statistischer Unterlagen dar, daß der Verkaufspreis für Gaswerkstoffe eine dem jetzigen Markwert einigermaßen angemessene Erhöhung erfahren müsse, wie auch eine Deckung des Gaspreises in aller nächster Zeit nicht mehr zu umgehen sein werde. Man beschließt einstimmig, den jetzigen Preis von 30 Mark für 100 Kilo Grob- oder Starke auf 42 Mark zu erhöhen. Für Sozialrenten und sonstige bedürftige Abnehmer soll der Bezugspreis pro 100 Kilo auf 30 Mark herabgesetzt werden.

5. Durch den seinerzeit aus noch nicht aufklärter Ursache entstandenen Brand ist die über die Industrieleiste der A.-S. Kauschhammer und die Kalkbahn führende Brücke erheblich beschädigt worden. Die nötig gewordenen Reparaturen hat die A.-S. Kauschhammer aus eigenen Mitteln ausföhren lassen. Der Gemeinderat hat nunmehr Beschluß zu fassen wegen Übernahme eines Teiles der Isolierungskosten der Gas- und Wasserleitungsrohre an der fragl. Kalkbahnbrücke. Der Gas- und Wasserwerksausschuss hat die Übernahme fragl. Kosten abgelehnt. In einer von Vertretern der Gemeinde Gröba, der Generaldirektion der Eisenbahn und der A.-S. Kauschhammer mit der Amtshauptmannschaft gepflogenen Verhandlung hat letztere vorgeschlagen, die entstandenen Isolierungskosten in Höhe von rund 3037 Mark in drei gleichen Teilen zu bestreiten. Der Gemeinderat beschließt, um etwaigen Weiterungen vorzubeugen, die Kosten im Sinne des amtshauptmannschaftlichen Vorschlags zu übernehmen, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß weitere Ansprüche an die Gemeinde nicht gestellt werden.

6. Mit der Vergebung der Pflastersteinlieferung für einen Teil der Weser Straße an die Firma C. E. Kunath-Tredden zum Preise von 920 Mark unter den vom Bauausschuss festgelegten Bedingungen erklärt sich der Gemeinderat einverstanden, desgl. mit der Bestellung von 16 Einflüssen, sowie mit der gleichzeitigen Baumpflanzung des Straßenteiles zwischen der West- und Spinnereistraße. Die Pfasterarbeiten werden von der Gemeinde durch Arbeitslose ausgeföhrt und hierzu Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge mitverwendet.

7. Der Herr Gemeindevorstand gibt bekannt, daß die vom Beamtenauschuss vorgeschlagene Geschäftszeit für das Gemeindeamt im Winterhalbjahr mit Genehmigung des Verwaltungsausschusses seit 10. Oktober eingeföhrt ist. (Bereits im amtlichen Teil d. B. veröffentlicht. A. B.)

8. Mitteilungen. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Genehmigung des 5. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung, betr. Hund- und Hundescheitersteuer, ferner von einer Einladung des Naturheilvereins Gröba zu dessen 25-jährigen Stiftungsfeste am 29. und 30. Oktober. — Herr Gemeindevorstand Schmidt gibt einige Erläuterungen zu der Reichsunterstützung für Kleinrentner und zur Fürsorgetätigkeit für Erwerbslose. Ein der Gemeinde überwiefener Betrag solle demnach — nach erfolgter Prüfung der Bedürftigkeit — als einmalige Zuwendung an die in Frage kommenden längere Zeit ununterbrochen erwerbslosen Gemeindeglieder in Form von Sachleistungen zur Verteilung kommen. Nachdem der zu obigem Betrag bestimmungsgemäß von der Gemeindefürsorge zu tragende Sachverhalt festgestellt worden war, erfolgte 1/2 Uhr Schluss der Sitzung.